



Gesunde Lebensmittel – Starke Landwirtschaft

Politik für die Bauern, die Verbraucher
und den Tierschutz

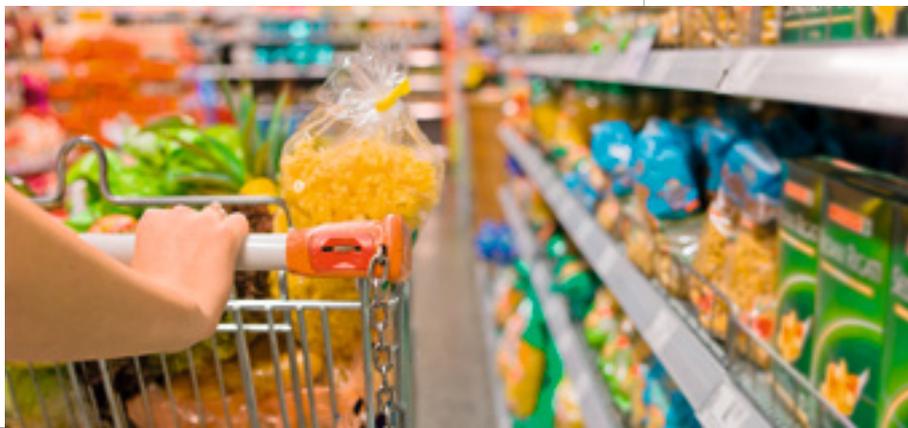
Können Verbraucher auf die Sicherheit und Qualität unserer Lebensmittel vertrauen?

Die Sicherheit und die Qualität unserer Lebensmittel waren nie so hoch wie heute – und das bei einer schier unbegrenzten Auswahl an Produkten aus der ganzen Welt. Hochmoderne Analysemethoden versetzen Kontrolleure heute in die Lage, feinste Spuren von Schadstoffen aufzuspüren.

Trotzdem sind die Bürger infolge verschiedener Lebensmittelskandale verunsichert. So führte die EHEC-Epidemie im Jahr 2011 zu schweren Erkrankungen, sogar zu Todesfällen. Die Koalition hat daraufhin die Vorschriften zur Lebensmittelsicherheit verschärft und für eine bessere Zusammenarbeit der Behörden gesorgt. Die Risiken lassen sich allerdings nur immer weiter minimieren. Gegen kriminelle Machenschaften oder Fehler in der Produktion gibt es keinen absoluten Schutz. Diese sind aber höchst selten.

Wie können sich Verbraucher über die Unbedenklichkeit von Lebensmitteln informieren?

Die Verbraucher haben viele Informationsmöglichkeiten, die auch auf Vorschläge der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zurückgehen. So müssen Lebensmittelverpackungen umfassend gekennzeichnet sein. Die Bürger erfahren so, welche Zutaten das Produkt enthält. Beispielhaft ist außerdem die Initiative des Bundesverbraucherschutzministeriums „Klarheit und Wahrheit bei der Kennzeichnung und Aufmachung von Lebensmitteln“. Über das



dazugehörige Internetportal www.lebensmittelklarheit.de können Verbraucher sich unterrichten.

Bürger können sich darüber hinaus an Einrichtungen wie das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL), das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) oder auch das Max-Rubner-Institut (Bundesforschungsinstitut für Ernährung und Lebensmittel) wenden. Auch die Stiftung Warentest liefert wertvolle Hinweise.

Die Bundesregierung kann auch selbst warnen: Gesundheitsgefährdende oder hygienisch bedenkliche Produkte und ihre Hersteller dürfen künftig öffentlich genannt werden. Dies gilt auch für Täuschungsversuche.

Mit welchen Mitteln wird die Einhaltung von Hygienevorschriften garantiert?

Die Lebensmittelunternehmen tragen die Hauptverantwortung für die Sicherheit ihrer Zutaten und Produkte. Von staatlicher Seite sind die Bundesländer für die Lebensmittelkontrollen zuständig. Ihre Mitarbeiter nehmen alle Bereiche der Ernährungswirtschaft unter die Lupe. Lebensmittelchemiker, ausgebildete Kontrolleure und Tierärzte untersuchen Lebensmittel in den einzelnen Unternehmen, an den Grenzkontrollstellen, im Einzelhandel und in der Gastronomie.

Für die Zukunft müssen die Bundesländer aber ihre Kontrollbehörden personell und technisch besser ausstatten.

Der Föderalismus stößt im Bereich der Lebensmittelkontrollen an seine Grenzen. Die christlich-liberale Koalition hat daher die Zusammenarbeit von Bund und Ländern verbessert, aber auch die von Lebensmittel- und Strafverfolgungsbehörden. Außerdem wurde der Datenaustausch zwischen den Behörden intensiviert, damit sie bei Krisen schneller und umfassender reagieren können.



tieren verbessert. Der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist wichtig, dass Veränderungen beim Tierschutz auf wissenschaftlicher Basis getroffen werden. Derzeit laufen verschiedene Forschungen für besonders tierfreundliche Haltungsverfahren. Unter anderem dafür sind über die kommenden drei Jahre insgesamt 62 Millionen Euro bereitgestellt worden.

Sind Verbraucher- und Tierschutz Gegensätze?

Wie wird der Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung reduziert?

In der Human- wie in der Tiermedizin muss der Einsatz von Antibiotika auf ein Mindestmaß reduziert werden. Deshalb hat die Koalition das Arzneimittelgesetz novelliert und ein neuartiges Konzept zur Verringerung von Antibiotika in der Nutztierhaltung beschlossen. Danach sollen Landwirte den Einsatz von Antibiotika künftig regelmäßig den Behörden melden. Setzen sie im Vergleich zu anderen Betrieben zu häufig Antibiotika ein, müssen sie dies in Zusammenarbeit mit Tierärzten und Veterinärbehörden abstellen. Die Erfahrungen zeigen, dass die Methode wirkt. Denn häufig liegt ein erhöhter Antibiotikaeinsatz an fehlerhaftem Management im Betrieb.

Was tut die Unionsfraktion für den Tierschutz?

Ein Blick über Landesgrenzen zeigt: Die EU und insbesondere Deutschland haben weltweit die höchsten gesetzlichen Tierschutzstandards. So wurde zum Beispiel bereits 2010 in Deutschland die Haltung von Legehennen in den alten Batteriekäfigen verboten – zwei Jahre früher als in der EU vorgesehen. Dennoch wird weiter über Tierschutzstandards diskutiert.

Nun hat die Koalition mit dem Tierschutzgesetz die Anforderungen zur Haltung von Nutz- und Versuchs-

Die Gesellschaft stellt zu Recht höchste Ansprüche an die Arbeit der Landwirte, was Qualität und Vielfalt der Produkte einerseits sowie den Umgang mit Tieren und Umwelt andererseits anbelangt. Wie die landwirtschaftliche Praxis wirklich aussieht, wissen aber nur noch die Wenigsten. Das führt häufig zu Vorurteilen gegenüber der modernen Nutztierhaltung. Fakt ist: Jeder neue Stall bedeutet mehr Tierschutz.

Auch viele Landwirte gehen bereits heute über die gesetzlichen Mindestvoraussetzungen hinaus. Mit der Förderung des Tierschutzlabels vom Deutschen Tierschutzbund will die Koalition dies deutlich machen. Das Label weist die Produkte aus, bei denen die Haltungsbedingungen der Tiere oberhalb der gesetzlichen Standards liegen. Verbraucher können sich beim Kauf entscheiden, ob sie mehr für den Tierschutz tun wollen. In der Regel müssen sie dafür aber auch ein wenig mehr bezahlen.

Wie wird eine artgerechte Tierhaltung gefördert?

In Deutschland regeln das Tierschutzgesetz und verschiedene Verordnungen – etwa zur Nutztierhaltung, zum Transport und zur Schlachtung – den Umgang mit landwirtschaftlichen Nutztieren. Damit werden auch die europäischen Tierschutzvorschriften in deutsches Recht umgesetzt. Jeder Landwirt ist verpflichtet, diese

Vorschriften einzuhalten. Denjenigen, die sie missachten, drohen neben rechtlichen Konsequenzen – von Bußgeldzahlungen bis Freiheitsstrafen – auch die Kürzung der europäischen Direktzahlungen.

Neben dem Ausbau der Tierschutzforschung ist die Investitionsförderung ein Schwerpunkt zur Einführung weiterer besonders tierfreundlicher Haltungsverfahren. Solche Vorhaben können künftig mit bis zu 40 Prozent des Investitionsvolumens gefördert werden.

Welche Zukunft haben mittelständische landwirtschaftliche Betriebe?

Die landwirtschaftlichen Betriebe erhalten über die Gemeinsame Agrarpolitik der EU sogenannte Direktzahlungen. Diese sind ein Ausgleich für die Kosten, welche die im internationalen Vergleich deutlich höheren Standards im Tier-, Natur- und Verbraucherschutz verursachen. Zu den Aufgaben der Landwirte zählt auch die Pflege unserer Kulturlandschaft. Gerade für die kleinen und mittelständischen Betriebe sind die Direktzahlungen ein wesentlicher Teil ihres Einkommens.

Die Verbraucher fragen immer häufiger nach Lebensmitteln aus ihrer Region. Davon profitieren auch kleine und mittelständische landwirtschaftliche Betriebe, die nicht im großen Maßstab für den Export produzieren. Deshalb hat das Landwirtschaftsministerium mit dem sogenannten Regionalfenster eine Initiative zur eindeutigen Kennzeichnung – und damit besseren Vermarktung – von Lebensmitteln aus der Region eingeführt.

Was wird getan, damit die ländlichen Regionen lebenswert bleiben?

Die Hälfte der Deutschen lebt auf dem Land. Ihnen soll es nach dem Willen der Unionsfraktion auch in



Zukunft nicht schlechter gehen als den Städtern – trotz des demografischen Wandels und des Trends zur Abwanderung in städtische Regionen. Eine erste Maßnahme aus der Wahlperiode: Junge Mediziner werden finanziell unterstützt, damit sie sich auf dem Land niederlassen.

Eine Arbeitsgruppe von CDU/CSU und FDP hat weitere 105 Maßnahmen zur Stärkung der ländlichen Regionen vorgeschlagen, die Ende 2012 vom Bundestag beschlossen wurden. So soll der flächendeckende Ausbau des schnellen Internets forciert werden, unter anderem indem ein Infrastrukturförderprogramm für den Breitbandausbau aufgelegt wird.

Wie kann man den Bau von Tierhaltungsanlagen besser steuern?

Die landwirtschaftliche und die gewerbliche Tierhaltung im Umland von Kommunen genießen seit langem im Baurecht Vorteile. Eine gewerbliche Tierhaltung liegt dann vor, wenn ein Betrieb nicht über genügend Wiesen und Weiden verfügt, um einen Großteil der Tiere ernähren zu können. Insbesondere kleine, flächenarme landwirtschaftliche Betriebe nutzen die gewerbliche Privilegierung, um mit ihrer Tierhaltung ein auskömmliches Familieneinkommen zu erwirtschaften.

Damit Kommunen den Bau großer Stallanlagen künftig besser steuern können, hat die Koalition beschlossen, das gewerbliche Stallbauprivileg einzuschränken. Künftig benötigen größere gewerbliche Ställe einen Bebauungsplan von Seiten der Städte und Gemeinden.

Herausgeber

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Michael Grosse-Brömer MdB
Stefan Müller MdB
Parlamentarische Geschäftsführer

Kontakt

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Platz der Republik 1 · 11011 Berlin
T 030. 2 27-5 53 74 · F -5 01 46
fraktion@cducsu.de
www.cducsu.de

Bürgerinformation

T 030. 2 27-5 55 50
fraktion@cducsu.de

Satz/Layout

Heimrich & Hannot GmbH

Druck

Industriedruck GmbH
Gedruckt auf Papier aus ökologisch, ökonomisch und
sozial nachhaltiger Waldbewirtschaftung

Bildnachweis

istockphoto/kadmy; fotolia/Gina Sanders, Monkey Business,
Jürgen Fälchle

Bundestagsdrucksachen

17/4984 Änderungen des Lebensmittel- und
Futtermittelgesetzbuchs, 3.3.2011;
17/7744 Änderung des Düngegesetzes und
Saatgutverkehrsgesetzes, 16.11.2011;
17/12299 Änderung des Lebensmittel-
und Futtermittelgesetzbuches, 6.2.2013;
17/7374 Änderung des Verbraucherinformati-
onsrechts, 19.10.2011;
17/11654 Zukunft des ländlichen Raumes, 27.11.2012;
17/13272 Baugesetz, 24.4.2013;
17/12526 Arzneimittelgesetz, 27.2.2013;
17/11811 Tierschutzgesetz, 11.12.2012;
17/10823 Haushalt, 15.11.2012

Stand

Mai 2013

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
dient ausschließlich der Information. Sie darf während
eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung
verwendet werden.